

**Motion**

**Standesinitiative für ein harmonisiertes Stipendienwesen in der Schweiz**

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung sowie Artikel 79 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung reicht der Kanton Bern folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesversammlung wird ersucht, die Rechtsgrundlagen für die Einführung eines Rahmengesetzes für Stipendien zu schaffen, welches

1. auf der Grundlage festgelegter Minimalstandards zu einer materiellen Harmonisierung des Stipendienwesens führt.
2. den Bund zu einem angemessenem finanziellen Engagement verpflichtet.

**Begründung:**

Eine Harmonisierung des Stipendienwesens in der Schweiz ist dringend notwendig. Mit einer schweizweiten Harmonisierung soll für die Auszubildenden die Chancengleichheit gefördert sowie eine angemessene Existenzsicherung erreicht werden. Alle Auszubildenden in der Schweiz sollen von möglichst gleichen Bedingungen profitieren können. Bei der Höhe der Stipendien bestehen zwischen den einzelnen Kantonen Unterschiede von bis zu 400 Prozent. Solche Differenzen sind bildungs- wie sozialpolitisch inakzeptabel. Es darf nicht sein, dass Studierende aufgrund der schlechteren Finanzlage oder von Sparmassnahmen ihres Wohnkantons benachteiligt werden.

Parallel zur Harmonisierung muss sich der Bund im Stipendienwesen stärker finanziell engagieren. Es ist stossend, dass sich die Eidgenossenschaft fast vollumfänglich aus der Verantwortung verabschiedet hat. Die massiv gekürzten Bundesbeiträge sind der Hauptgrund, wieso beispielsweise der Kanton Bern die erforderlichen Mittel bei den Ausbildungsbeiträgen nicht in ausreichendem Masse bereit stellen kann.

Der Kanton Bern setzt sich seit Jahren aktiv für eine Harmonisierung des Stipendienwesens ein. Die rechtliche Grundlage hierfür bildet Art. 5 des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge (ABG) vom 18. November 2004. Mit einer Standesinitiative wird die Position des Regierungsrates im Rahmen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) sowie bei den Bundesbehörden gestärkt. Das Solothurner Kantonsparlament hat am 14. März 2007 bereits eine ähnlich lautende Motion für eine Standesinitiative angenommen.